



Hilfe! Wohnen ist zu teuer

Vorschläge der KPÖ für leistbares Wohnen – Seite 2-3

© olly/koya979-Fotolia.com



Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. Mit Rat und Tat! **KPÖ** **wirkt!**
Graz, Landhaus
Vor Anmeldung erbeten

Kahlschlag-Koalition:

Bezirke und Gemeinden werden wegrationalisiert, Schulen geschlossen, Krankenhäuser und Polizeistationen „eingespart“: Was bleibt von der Steiermark nach Voves und Schützenhöfer? Die KPÖ ruft zur konstruktiven Gegenwehr gegen die Kahlschlagpolitik der Landesregierung auf. Tel. 0316/ 877 5102

ZITIERT

„Dieser politische Erfolg gehört den Menschen, die sich unermüdlich für dessen Abschaffung eingesetzt haben“ KPÖ-Stadträtin Elke Kahr zur Abschaffung des Regresses, 29.4.2014

„Der griechische Staatsmann Perikles nannte eine Gesellschaft dann demokratisch, wenn sich in ihr die Interessen der Mehrheit durchsetzen. In den EU-Mitgliedstaaten kann davon keine Rede mehr sein. Während die Banken und die Einlagen ihrer vermögenden Kunden „systemrelevant“ sind, werden die sozialen Sicherungssysteme in Europa zerstört.“ Oskar Lafontaine, Handelsblatt 30.5.2014

„Zentrales Problem (für das schlechte Abschneiden der SPÖ) ist die von der Bevölkerung wahrgenommene, mangelnde Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie.“ Daniela Holzinger, SPÖ-Nationalratsabgeordnete, 28.5.2014.

„In der Ukraine ist Europa schon gescheitert. Das Land versinkt in einem blutigen Bürgerkrieg. Wie schön klangen doch die blumigen Versprechungen, die Sie den Ukrainern noch vor wenigen Monaten gemacht haben. Heute unterstützen Sie eine Regierung, der vier Minister einer offen antisemitischen und antirussischen Nazipartei angehören, eine Regierung, die den Konflikt erst richtig angeheizt hat und heute brutal Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt.“ Die deutsche Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht, 4.6.2014.

„Es spüren immer mehr Menschen, dass dieses Europa ein Europa der Unternehmen ist. Ein Europa, das nur Menschen etwas gibt, die in den privilegierten Schichten leben.“ Oskar Negt, derstandard.at, 17.6.2014.



WOHNBEIHILFE SOFORT ERHÖHEN!

Wohnungskrise wirksam

Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr sowie die beiden KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg stellten eine Reihe von Initiativen der KPÖ zur Wohnungskrise vor. Sie bringen das Problem in den Landtag, dass sich immer mehr Steirer das Wohnen nicht mehr leisten können.

2013 stiegen die Mieten durchschnittlich um 3,6 %, auch die Instandhaltungs- (2,2 %) und Betriebskosten (1,7 %) sorgen für einen enormen Anstieg der Wohnkosten. Immer mehr Steirer können sich das Wohnen kaum noch leisten oder müssen einen Großteil ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten aufwenden. Da die Arbeitseinkommen seit Jahren stagnieren oder gar sinken, sind immer mehr Menschen von dieser Entwicklung betroffen. Durchschnittsverdiener geben zwischen 50 und 60 Prozent ihres Nettoeinkommens fürs Wohnen aus. 2011 kürzten SPÖ und ÖVP die

Wohnbeihilfe drastisch, indem sie den Betriebskostenanteil halbierten. „Es ist Zeit zu handeln und die Fehler der ‚Reformpartner‘ rückgängig zu machen. Die Wohnbeihilfe muss sofort erhöht werden“, bringt es KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler auf den Punkt. Im Moment geht ein Ehepaar, das Mindestpensionen bezieht, leer aus. Sie verdienen zu viel, um Wohnbeihilfe zu erhalten. Seit Jahren erfolgte keine Anpassung der Einkommengrenzen. Dadurch fallen tausende Steirerinnen und Steirer aus der Wohnbeihilfe – 5.000 waren es allein im vergangenen Jahr.

Mehr sozialer Wohnbau

„Langfristig gesehen ist die Erhöhung der Wohnbeihilfe allein aber keine Lösung“, merkt die Grazer Stadträtin Elke Kahr an, die seit 2003 für Wohnungsangelegenheiten zuständig ist. „Die Lage wird sich immer weiter zuspitzen.“ Den einzigen möglichen Weg sieht Kahr im sozialen Wohnbau und in Gemeindewohnungen. „Nur das garantiert ein ausreichendes Angebot an leistbarem Wohnraum. Nur wurde der soziale Wohnbau an die Wand gefahren. Es fehlen die finanziellen Mittel. Die Zweckbindung des Wohnbauförderungsbeitrags, den alle arbeitenden Menschen automatisch zahlen, würde Millionen an Euro bringen, die für leistbaren Wohnraum dringend benötigt werden. Derzeit werden diese Abgaben zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet.“

Nachteile für Mieter

Auf Grund der missglückten Wohnbauförderungsgesetze 1989 und 1993 sind heute viele Steirer von der massiven Steigerung ihrer Wohnkosten betroffen, da jetzt die Rückzahlungsrate für die Darlehen drastisch angehoben wurde. Damals ging die Landesregierung einfach davon aus, dass die betroffenen Mieter später reich genug sein würden, dass sie höhere Mieten zahlen können. Für diese Mieter fordert KPÖ eine Sonderbeihilfe, da vielen sonst die Unfinanzierbarkeit ihrer Wohnung droht.

**Die KPÖ fordert:
WOHNEN MUSS LEISTBAR
SEIN! ERHÖHUNG UND
WERTANPASSUNG DER
WOHNBEIHILFE – SOFORT!**

Mehr sozialer Wohnbau, mehr Gemeindewohnungen! Nur das garantiert ein ausreichendes Angebot an leistbarem Wohnraum und hilft auch, das Preisniveau am privaten Wohnungsmarkt zu senken.

Zweckbindung des Wohnbauförderungsbeitrags. Das würde großzügige soziale Wohnbauprojekte ermöglichen.

Richtwertmieten gehören gesenkt und bundesweit vereinheitlicht. Wir brauchen wieder Mietzinsobergrenzen, je nach Ausstattung der Wohnung.

Eine **Sonderwohnbeihilfe**, für jene, die aufgrund der massiven Erhöhungen der Mieten durch die steigenden Annuitätenzuschüsse Gefahr laufen, ihre Wohnung verlassen zu müssen.



Die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler (v.l.n.r.) setzten sich für erschwingliches Wohnen ein.

MIETEN BEGRENZEN!

bekämpfen!

Zweckentfremdete Wohnbauförderung

Die Mittel für die Wohnbauförderung werden durch die Löhne und Gehälter der arbeitenden Menschen finanziert. Ein Prozent wird als Wohnbauförderungsbeitrag einkassiert. Die Regierung verwendet das Wohnbaugeld aber einfach für andere Zwecke anstatt leistbares Wohnen zu fördern. Daher fordert die KPÖ die zweckgemäße Verwendung des Wohnbauförderungsbeitrages.



Wohnen muss wieder leistbar werden! Nicht nur durch den Bau von Gemeindewohnungen wie hier im Bild, sondern auch durch gesetzliche Maßnahmen zur Mietzinsbegrenzung.

KLEIN, aber MIT BISS



„Zuerst haben Voves und Schützenhöfer ihre Politik zusammengelegt. Und dann haben sie die Hälfte der steirischen Gemeinden zusammengelegt. Wäre es nicht die beste Sparpolitik, wenn wir die rot-schwarze Koalition einsparen?“

INHALT

Protest wirkt, Regress abgeschafft	4
Ferien mit Schattenseiten	5
Die Steiermark schrumpft sich selbst	6/7
AK-Wahl 2014: Verdoppelung der Liste GLB-KPÖ	8
Arbeitende Menschen werden zu Sozialfällen gemacht	9
Aus den Bezirken: Regionalberichte	11-14
Land liefert Glücksspieler den Konzernen aus	15
Hilfe für Jugoslawien	16/17
Bertha Suttner	19
Anzeigen, Leserbrief	22
Tierecke, Impressum	23

MEINUNG

KPÖ-LAbg. Werner Murgg

Wohnen muss leistbar werden!

Liebe Leserin!
Lieber Leser!



Das Wohnen wird immer teurer. Auch Familien mit durchschnittlichem Einkommen müssen oft bereits bis zur Hälfte ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben. Dabei geht es nicht nur um die stetig steigenden Mieten, auch Betriebs- und Heizkosten werden ständig teurer. Menschen mit geringem Einkommen leiden unter diesen Zuständen besonders!

Vor allem zwei Dinge sind skandalös: die Wohnbeihilfe wurde in den letzten Jahren praktisch nicht erhöht, obwohl die Wohnkosten überdurchschnittlich steigen. Im Gegenteil: vor einigen Jahren wurde der Betriebs- und Heizkostenanteil um 50 Prozent gekürzt. Umso dringender ist eine Erhöhung dieser Beihilfe.

In letzter Zeit haben viele Mieter, aber auch Bewohner von mit Landesmitteln geförderten Wohnungen böse Überraschungen erlebt. Ihre Wohnungen wurden mit Landesdarlehen gefördert, deren Rückzahlungsraten so gestaffelt sind, dass anfänglich die Raten sehr niedriger sind und es nach 21 oder mehr Jahren zu einem gewaltigen Sprung kommt. Dadurch erhöhen sich die Mieten je nach Wohnungsgröße oft um mehr als 200 Euro. Eine Streckung der Darlehenslaufzeit ist angeblich nicht mehr möglich, da SPÖ und ÖVP diese Wohnbaudarlehen zur Budgetkosmetik an Banken verkauft haben.

Auch bei den Annuitäten-

darlehen kommt es zu Belastungen für die Mieter. Bei vielen Wohnungen laufen diese Darlehen jetzt aus. Nun müssen die Mieter den vom Land über all die Jahre geleisteten Annuitätenzuschuss verzinst zurückzahlen. Auch das führt zu teilweise exorbitanten Mietsprüngen.

Die KPÖ hat dieses Thema im Landtag zur Sprache gebracht und von den zuständigen Landesräten Seitinger (ÖVP) und Schrittwieser (SPÖ) Gegenmaßnahmen verlangt. Unter anderem haben wir gefordert, Mieter, die von diesen exorbitanten Belastungen betroffen sind, mit einer Sonderwohnbeihilfe zu unterstützen. Viele der Betroffenen bekommen nämlich derzeit überhaupt keine Beihilfe, da die Einkommensgrenzen für die Wohnbeihilfe extrem niedriger sind.

Außerdem sollte das Land die Zinsen für die Annuitätenrückzahlung senken. Vor allem muss es endlich zu einer merklichen Erhöhung der seit Jahren praktisch eingefrorenen Wohnbeihilfe kommen.

Alle unsere Anträge im Landtag zur Verbesserung der Wohnungssituation wurden von SPÖ und ÖVP abgeschmettert. Die von der KPÖ geforderte merkbare Erhöhung der Wohnbeihilfe hat auch die FPÖ abgelehnt. Soviel zur angeblichen „sozialen Heimatpartei.“

Ihr KPÖ-LAbg. Werner Murgg
Tel. 03842 / 22670



der unsoziale Regress 2011 jedoch wieder eingeführt. Die KPÖ leistete Widerstand.

Jahrelang mussten Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern Regress leisten, wenn diese in einer Pflegeeinrichtung betreut wurden. Es wurde auf das Ersparte, auf die Wohnung oder das Haus zugegriffen, Pension und Pflegegeld abkassiert.

Diese „Angehörigensteuer“ gab es früher in ganz Österreich, nach und nach wurde sie überall abgeschafft – so auch in der Steiermark. Unter SPÖ-Landeshauptmann Voves wurde

der unsoziale Regress 2011 jedoch wieder eingeführt. Die KPÖ leistete Widerstand.

Breite Proteste

Ein Standbein der Bewegung gegen den Regress war die ständige „Belästigung“ der Regierung mit diesem Thema im Landesparlament. Der wesentliche Druck wurde aber außerparlamentarisch aufgebaut. Über 18.000 Steirerinnen und Steirer unterstützten die Unterschriftenkampagne der KPÖ. Einen erfreulichen Beitrag zur Aktion leisteten die beiden Feldkirchner Erich Gosch und sein Sohn



Ohne die Mitwirkung vieler ehrenamtlicher Aktivisten wäre der Erfolg der Aktion nicht möglich gewesen. Im Bild Familie Gosch mit KPÖ-Labg. Claudia Klimt-Weithaler, die Beiden sammelten über 1.000 Unterschriften.

Manuel: Sie sammelten auf eigene Initiative über tausend Unterschriften gegen den Pflegeregress – und wollen es nicht dabei belassen.

Um die Haltung der „Reformpartner“ zu verdeutlichen, stellte die KPÖ vor jeder Sitzung des Landtags eine Mauer für Landeshauptmann Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer auf. Am 1. Mai stellte die steirische KPÖ den Kampf gegen den Regress in den Mittelpunkt ihrer Demonstration.

Unüberhörbarer Protest

Unüberhörbar wurde der Unmut der Bevölkerung. Die Unterschriften, Protestkundgebungen und Landtagsinitiativen gegen den Pflegeregress haben schließlich gewirkt: SPÖ und ÖVP mussten einlenken.

KPÖ-Landtagsabgeordnete **Claudia Klimt-Weithaler**: „Der Widerstand der Bevölkerung hat sich gelohnt. Der Regress ist endlich Geschichte. Das gibt uns Hoffnung, dass viele andere unsoziale Maßnahmen der so genannten ‚Reformpartner‘ auf Dauer nicht haltbar sind. Man sieht, dass sich Widerstand auszahlt.“

Keine Gewinnmacherei bei der Pflege!

„Kostenlos wird Pflege auch in Zukunft nicht sein. Das persönliche Vermögen, die Wohnung der Betroffene



Der Protest hat gewirkt. 20.000 Unterschriften und viele Aktionen haben Voves und den neuen Gesundheitslandesrat gezwungen, beim Regress klein beizugeben.

nen wird weiter belastet. Das darf man nicht vergessen“, sagt Klimt-Weithaler, die auf eine andere Form der Pflegefinanzierung drängt. Ein Ausstieg aus gewinnorientierten privaten Pflegeheimen wäre ein Schritt, den auch der Rechnungshof bereits angeregt hat. „Privatisierungen oder weitere Kürzungspakete im Sozial- oder Bildungsbereich zur Pflegefinanzierung kommen für uns nicht infrage“, so Klimt-Weithaler.

Den Menschen geht es schlechter

Traurige Bilanz von Voves und Schützenhöfer

Die sogenannte „Sparpolitik“ der rot-schwarzen Koalition sollte beispielgebend für Österreich sein.

Das sind die Fakten:

- * **Pflegeregress** vor der Landtagswahl abgeschafft – nach der Wahl wieder eingeführt. Heuer unter dem Druck der Bevölkerung zähneknirschend wieder abgeschafft.
- * Über 40 Schulen wurden geschlossen
- * Verschlechterungen bei den Musikschulen angekündigt
- * **Mindestsicherung** und **Behindertenbetreuung** gekürzt
- * **Gratiskindergarten** vor der Landtagswahl 2010 eingeführt – nach der Wahl abgeschafft
- * Wohnbeihilfe gekürzt
- * **Gemeindestrukturreform**: Kein „Drüberfahren“ versprochen – jetzt kommen Zwangsfusionen in weit über 100 Gemeinden gegen den Willen der Bevölkerung.
- * Verunglücktes Veranstaltungsgesetz
- * Oberstes Ziel der Reform war die Sanierung des Landeshaushaltes:

Schulden steigen

Der Zustand des Landeshaushaltes ist alarmierend: Seit dem Amtsantritt von LH Voves und LH Stv. Schützenhöfer im Jahr 2005 hat die Verschuldung des Landes und die übernommenen Haftungen dramatisch zugenommen.

Gesamtschuldenstand des Landes Stmk. (inkl. ausgelagerter) Schulden:

2005: 1,112 Milliarden Euro
2012: 4,574 Milliarden Euro

Das heißt: Vervierfachung der Verschuldung in 8 Jahren Regierungszeit von LH Voves und LH Stv. Schützenhöfer

Auch die Haftungen des Landes sind explosionsartig angestiegen:

2005: 0,292 Milliarden Euro
2012: 4,509 Milliarden Euro

Mittlerweile hat das Land Steiermark den Großteil seiner Vermögenswerte verkauft. Trotzdem – oder deshalb – ist die Schuldenlast in diesen acht Jahren enorm angestiegen.

Die zusätzliche Nettoneuverschuldung wird laut Voranschlag 2013 € 376,6 Mio. und 2014 € 190,3 Mio. betragen. Von dem Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt herzustellen, ist man weit entfernt. Das Steirische Reformpaket ist in Wahrheit eine große Mogelpackung.

2015 wird der Landtag neu gewählt. Die bisherige Bilanz der rot-schwarzen Kahlschlag-Koalition ist erschreckend.



Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPO im Landtag

Ferienzeit mit Schattenseiten



Ferne Länder, weiße Strände, Luxusvillen in edler Umgebung: Es ist Urlaubszeit und es ist deshalb kein Zufall, dass uns die Medien jetzt die schönen Seiten des Lebens zeigen.

Eine Kleinigkeit wird dabei aber vergessen. Dieser schöne Urlaub ist nicht für alle Menschen erschwinglich.

Es gibt immer mehr Familien, in denen das Urlaubsgeld für dringende Anschaffungen verplant werden muss. Nicht zu reden von denen, die arbeitslos sind oder von der Mindestsicherung leben müssen. Bei Arbeitslosengeld und Mindestsicherung kann man sich das alles nicht mehr leisten.

Und wer will sich wirklich in Schulden stürzen, um eine Woche lang am Strand liegen zu können?

Urlaubszeit, Reisezeit, Ferien: Auch hier merkt man immer stärker, dass es einen tiefen Riss in unserer Gesellschaft gibt.

Die einen können sich alles leisten, die anderen – und das werden immer mehr – müssen kämpfen und sich anstrengen, damit sie sich wenigstens ihr tägliches Brot leisten können.

Das sollte uns allen – und vor allem den Verantwortlichen in unserem Staat – zu denken geben.

Deshalb ist es falsch, Jahr für Jahr die Eintrittspreise in Schwimmbäder und Freizeiteinrichtungen aller Art zu erhöhen. Für Familien mit Kindern, die jeden Cent umdrehen müssen, wird sonst schon ein Tagesausflug zum Luxus.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



RECHNUNGSHOF-KRITIK: WARUM PFLEGE ZU TEUER IST

- **Teure Projekte** wurden ohne Strategie und Bedarfsermittlung gefördert.
- Die Kostensteigerungen fallen vor allem bei **gewinnorientierten privaten Trägern** an. Dort betragen sie 177 Prozent, bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern macht die Steigerung im untersuchten Zeitraum lediglich 58 Prozent aus.
- In der Steiermark liegt der **Anteil privater Betreiber** von Pflegeeinrichtungen bei 60 Prozent, das ist der österreichische Höchstwert. In Oberösterreich beträgt er 9 Prozent.
- Die **Kontrollen** sind weiterhin mangelhaft.



**BERICHTE AUS
DEM LANDTAG
STEIERMARK**



**MESSECHIEF ALS
GAGENKAISER**

Mit 11.786 Euro Bruttogehalt monatlich bekommt der Chef der Grazer Messe, Armin Egger, ein ordentliches Salär. Dazu bekommt Egger noch eine Erfolgsprämie von bis zu 50.000 Euro jährlich, sowie eine Spesenvergütung inklusive aller Dienstreisen per Flugzeug oder Bahn in der 1. Klasse. Damit nicht genug: Es gibt noch eine „Weiterbildungsentschädigung“ von insgesamt 42.000 Euro, die er selbst dann behalten darf, wenn er sie nicht für Schulungen verbraucht. Vielen, die keinen Job haben und denen das AMS die gewünschte Weiterbildung aus Kostengründen verwehrt hat, muss die „Weiterbildungsentschädigung“ Eggers wie blanker Hohn klingen.

Das Gehalt des Messe-Chefs wurde den Medien auf verborgenen Kanälen zugespielt. Tatsächlich gelten die Gagen der Führungskräfte als vertraulich, auch wenn sie von der öffentlichen Hand bezahlt werden müssen.

**STEIERMARK: GEMEINDEN, SCHULEN – ALLES WIRD
Verraten und weg**

Mit einem Paukenschlag beginnt das Wahljahr 2015 in der Steiermark: 254 steirische Gemeinden, nahezu die Hälfte, müssen mit 1.1. 2015 zusperren. Bis zur Gemeinderatswahl werden sie von einem Regierungskommissär verwaltet. Das ist ein schwerer Schlag die öffentliche Wirtschaft und die kommunale Selbstverwaltung.

Die Steiermark schrumpft sich selbst! Nach der Verkleinerung des Landtags und der Wegrationalisierung von vier Bezirksverwaltungen werden nun die Gemeinden von bisher 524 auf 288 geschrumpft. Ein harter Schlag für die heimische öffentliche Wirtschaft!

Damit werden nicht nur die bestehenden Gemeindeämter zu überflüssigen Immobilien, sondern viele weitere Institutionen wie Schulen, Vereine und mehr, die mit einer Gemeinde verbunden sind, in Frage gestellt.

Als die „Gemeindestruktureform“ diskutiert wurde, hieß es, ein „Drüberfahren“ käme nicht in Frage – jetzt drohen Zwangsfusionen in weit über 100 Gemeinden gegen den Willen der Bevölkerung. Die Forderung der KPÖ im Landtag nach verpflichtender Volksabstimmung vor der Fusion wurde von der SPÖ-VP Mehrheit abgelehnt. Mehr noch: Durchgeführte Volksabstimmungen in Gemeinden, die gegen eine Fusion stimmten, wurden einfach ignoriert.

Dabei haben die steirischen Gemeinden im Jahr 2012 87 Millionen Euro Überschuss erwirtschaftet während das Land Steiermark im gleichen Jahr ein Defizit von 378 Millionen Euro produziert hat. Zusätzlich wird freiwilligen Fusionierern eine Fusionsprämie versprochen: 20 Millionen Euro, die das Land gar nicht hat!



Die steirische Gemeindeinitiative www.gemeindeinitiative.at bemüht sich um den Erhalt steirischer Gemeinden

Die aktuellen Einkommen in der Politik

Funktion	Bruttogehalt 14x pro Jahr
Bundespräsident Fischer	€ 23.631
Bundeskanzler Fayman (SP)	€ 21.099
Landeshauptmann Voves (SP)	€ 16.036
LH-Stv. Schützenhöfer (VP)	€ 15.191
Landesrat (SP, FP, VP)	€ 14.348
Bürgermeister Nagl in Graz (VP)	€ 13.082
Stadträte in Graz	€ 10.128

Die KPÖ-Politiker haben sich verpflichtet die überhöhten Beträge für soziale Zwecke zu spenden. Sie behalten höchstens 2.200 Euro für sich selbst.

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 877 5101

www.mindestsicherungsrechner.at



zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler



DEM KAHLSCHLAG GEOPFERT

fusioniert



Murau wird mit Laßnitz, Triebendorf und Stolzalpe zusammengelegt.

Gemeinderatswahl 2015: Interview mit KPÖ-Kandidaten

Bei der kommenden Gemeinderatswahl geht es darum, den rot-schwarzen Zusperrern einen Denktzettel zu schreiben: Wenn auch Sie auf den Geschmack kommen, rufen Sie uns an: Tel. 0699 1253 4965, E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at



Walter Weiss aus Deutschlandsberg

Warum kandidierst du für die KPÖ?

Ich begann mich aus Frust über die nicht eingelösten Wahlversprechen der SPÖ für Politik zu interessieren. Vor den Wahlen blinkt die SPÖ links, macht nachher aber die Politik der ÖVP. Bei der KPÖ stimmen Wort und Tat überein.

Was ärgert dich an der derzeitigen Politik am meisten?

Die Abgehobenheit. Der Landeshauptmann verdient in einem Monat so viel wie andere in einem halben Jahr nicht. Und dann gibt er sich als „Mann des Volkes“ aus. Das ist doch ungläubig.

Was würdest du in Deutschlandsberg ändern?

Ich würde die Vorgaben des Landes oder der EU nicht kommentarlos übernehmen. Da gibt es vieles, was man hinterfragen muss, Gebührenerhöhungen beispielsweise. Da darf man auch einmal „Nein“ sagen.

Sandra Kern aus Wartberg

Warum kandidierst du für die KPÖ?

Bei der KPÖ stehen die Menschen im Mittelpunkt und nicht nur irgendwelche Budgetzahlen. Man versucht zu helfen wo es geht und nimmt die Menschen und ihre Probleme ernst.

Was ärgert dich an der derzeitigen Politik am meisten?

Der Sozialabbau. Überall wird gekürzt, ohne Rücksicht auf Verluste. Das kann nicht gutgehen. Auch bei der Gemeindefusion: Ob die Leute das wollen, hat niemand gefragt, da sieht man nur die Einsparungspotenziale. Das ist nicht mein Verständnis von Demokratie.

Was würdest du in Wartberg ändern?

Es muss viel mehr für die Jugend gemacht werden. Ein Jugendzentrum gehört her! Und es ist so, dass die jungen Menschen fast alle wegziehen. Da braucht es auch einmal ein paar ernsthafte Überlegungen.



Unsere Gemeinde
Unsere Heimat



Kräftige Gehaltserhöhung für Bürgermeister

Vor einem Jahr haben Voves & Co. die Bürgermeisterbezüge kräftig angehoben.

degröße zwischen 11,7% und 53,8% erhöht. Bei einer Zusammenlegung kommt es in vielen Fällen dazu, dass der Bürgermeister in eine höhere Bezugsgruppe aufsteigt. Dies ist beispielsweise in den Bezirkshauptstädten Deutschlandsberg, Bruck/Mur oder Judenburg der Fall. Der künftige Bürgermeister von Seiersberg und Pirka machte ebenso einen Gehaltssprung wie der von Judendorf-Straßengel, Gratwein, Eisbach und Gschnaidt.

Mit einem Geldsegen für die Gemeindepolitik wurden den Bürgermeistern, die noch übrigbleiben, Gemeindefusionen schmackhaft gemacht. Der Landtag beschloss gegen die Stimmen der KPÖ eine neue Gehaltstabelle, die den Bürgermeistern eine kräftige Gehaltserhöhung spendiert.

Anfang 2014 wurden die Bezüge der Bürgermeister je nach Gemein-

Die Inflationsanpassung erfolgt künftig automatisch. Neu sind Gehälter für „Ortsteilbürgermeister“.

Bürgermeisterbezüge monatlich, brutto, 14 x

Gemeinde-Einwohner	2013, in Euro	ab 2014, in Euro
bis 500	1.495	2.110
501 - 1.000	1.875	2.532
1.001 - 2.000	2.160	3.376
2.001 - 3.000	2.575	3.798
3.001 - 5.000	2.824	4.220
5.001 - 7.000	3.655	5.064
7.001 - 10.000	4.320	5.486
10.001 - 20.000	5.399	6.330
10.001 - 15.000*		6.230
15.001 - 20.000*		7.174
20.001 - 30.000	7.060	8.018
über 30.000*		8.440



* Diese Gliederungen sind neu und gelten seit Jahresbeginn 2014

Bezüge anderer Gemeindefunktionäre, je nach Gemeindegröße:

Prozentsatz des Bürgermeisterbezugs, brutto, 14 x im Jahr
 Gemeindegassier50%
 Vizebürgermeister:.....30%
 Gemeindevorstandsmitglieder20%
 Ausschussobleute, Ortsvorsteher:..... max. 20%

Neu: In fusionierten Gemeinden **kann** ein Ortsteilbürgermeister eingesetzt werden. Dieser bezieht 30% des Bürgermeister Einkommens des betreuten Ortsteils.

MEINUNG

Von Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat des GLB-KPÖ.



Schöne Reden – aber kein Geld!

Die Probleme sind seit Jahrzehnten dieselben: Zu wenig Geld, Schulden, hohe Arbeitslosigkeit, steigende soziale Probleme, Umweltbelastungen usw. Das Geld, das für Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gebraucht würde, ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Die Sparpolitik soll fortgesetzt werden.

Die Massenarbeitslosigkeit in vielen Städten wird letztlich von der Politik einfach hingenommen. Auch in Graz. Einige neue Ausbildungsplätze – gut und schön. Für Menschen über 40 gibt es jedoch kaum mehr Perspektiven am Arbeitsmarkt – außer „working poor“ oder „prekär“.

Eine besondere Frechheit ist die aktuelle Steuerreformdebatte. „Kalte Progression“, Belastungen und Kürzungen finanzieren Banken und Konzernen ihr Schlaraffenland. Und wir werden selbst auf eine minimale Steuerreform noch warten müssen. Leider führen die Politiker nur schöne Reden, schaffen aber keine Verbesserungen für das tägliche Auskommen.

Schönen Sommer wünscht
Ihr Arbeiterkammerrat
Kurt Luttenberger

Wahlerfolg für GLB-KPÖ bei Arbeiterkammer-Wahlen



Die Liste GLB-KPÖ konnte ihre Stimmen bei den Arbeiterkammerwahlen in der Steiermark mehr als verdoppeln und hat nun vier Mandate.

Mit Kurt Luttenberger stand mein verlässlicher und erfahrener Betriebsrat und AK-Rat an der Spitze der Liste. Ein herausragendes Ergebnis erzielte die zweitgereichte Magna-Betriebsrätin Hilde Tragler an ihrem Arbeitsplatz, wo der GLB stimmenstärkste Liste wurde. Insgesamt erzielte der GLB-KPÖ 4,1 Prozent der Stimmen, herausragend Graz mit 4,6 Prozent oder der Industriebezirk Leoben mit 6,1 Prozent.

Luttenberger sieht in diesem Wahlergebnis eine Bestätigung der Arbeit des GLB, der konsequent die Interessen der arbeitenden Menschen vertritt. Er hat in diesem Wahlkampf den Kampf für höhere Löhne und gegen den steigenden Druck am Arbeitsplatz in den Vordergrund gestellt.

Angesichts der durch Hypo- und Eurorettung ins Haus stehenden Belastungen sagt Luttenberger: „Auf die arbeitenden Menschen in Österreich und besonders in der Steiermark kom-



men schwere Zeiten zu, in denen wir uns als verlässliche Partner erweisen wollen.“

Für GLB-KPÖ in der Arbeiterkammer-Vollversammlung (rechts):

Kurt Luttenberger, Betriebsrat bfi Steiermark, Graz

Hilde Tragler, Betriebsrätin Magna Steyr, Graz

Uwe Süß, Betriebsrat voestalpine Stahl, Leoben-Donawitz

Gerhard Simbürger, Betriebsrat Stahl Judenburg



LOHNSTEUER RUNTER!

DAMIT NETTO MEHR GELD BLEIBT

Jetzt unterschreiben!
www.lohnsteuer-runter.at

OGB ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

„Kindergarten-Sparpaket“ gestoppt

Eine Novelle des steirischen Kinderbetreuungsgesetzes sah in der ursprünglichen Fassung massive Verschlechterungen vor.

So war etwa vorgesehen, dass die Abwesenheit eines Kindes am Nachmittag einen Monat vorher bekannt gegeben werden muss. Wären genügend Kinder am betreffenden Tag entschuldigt, müsste die Pädagogin nach Hause gehen. Für die Beschäftigten hätte das bedeutet, immer erst am

Monatsbeginn zu erfahren, wie viele Stunden sie arbeiten werden und wie viel sie bezahlt bekommen.

Nach dem Eintreffen zahlreicher negativer Stellungnahmen, unter anderem der Stadt Graz, konnten viele Verschlechterungen entschärft werden, freut sich KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler, die selbst Kindergärtnerin ist: „Unser Bildungssystem braucht Investitionen, keine Kürzungen.“

Leben wie andere auch

Das ist der Wunsch - und auch das Recht von Menschen mit Behinderung. Das neue steirische Behindertengesetz, im Landtag am 1. Juli gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen, macht aus arbeitenden Menschen Sozialfälle.

Bereits vor drei Jahren haben SPÖ und ÖVP die Behindertenhilfe in der Steiermark stark gekürzt. Das brachte deutliche Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung. Nun planen SPÖ und ÖVP erneut Verschlechterungen.

Das neue Gesetz wurde am 1. Juli

durch den Landtag gepeitscht. Obwohl es zahlreiche negative Stellungnahmen zum Entwurf gab, ließen SPÖ und ÖVP keine Verhandlungen zu. Nicht einmal die Behindertenanwaltschaft des Landes oder der Dachverband der Behindertenhilfe wurden einbezogen.

Lohnkostenzuschuss wird gestrichen

Geplant sind drastische Einschnitte in der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung. Besonders schlimm ist die Streichung des Lohnkostenzuschusses. Das ist ein Zuschuss für Unternehmen, die Menschen mit Behinderung einstellen. Damit wird ein wirksames Instrument abgeschafft, das Menschen mit Behinderung bisher geholfen hat Arbeit zu finden. Von den über 1.000 Betroffenen werden viele auf der Strecke bleiben. Niemand wird sie auffangen – das gibt sogar das Büro von SPÖ-Soziallandesrat Schrittwieser zu. Das Bundessozialamt meint sogar, dass zwei Drittel betroffen sind. Nun werden hunderte Menschen mit Behinderung keine Arbeit finden und in die Mindestsicherung gedrängt. Das kommt dem Land längerfristig sogar teurer: Denn Menschen, die arbeiten, bezahlen Steuern

**814 Euro
Mindestsicherung**

**385 Euro
durchschnittlicher
Lohnkostenzuschuss**

**Sparen
auf
steirisch**

814 Euro kostet es das Land, wenn eine behinderte Arbeitskraft in die Mindestsicherung gedrängt wird. 385 Euro, wenn – wie bisher – ein Lohnkostenzuschuss ausbezahlt wird. „Sparen“ auf Art der steirischen Landesregierung ist teuer.



Foto aus dem Film „Leben wie andere auch“.

und zahlen in die Sozialkassen ein. Finden sie keine Arbeit, bleibt ihnen nur die Mindestsicherung.

Behinderte Menschen, die ins Arbeitsleben integriert sind, haben mehr soziale Kontakte und mehr Selbstwertgefühl. Nach Streichung des Lohnkostenzuschusses werden zahlreiche Unternehmen nicht mehr bereit sein, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen.

Aus arbeitenden Menschen werden Sozialfälle

Ohne integrative Berufsausbildung werden viele Menschen

mit Behinderung den Einstieg ins Berufsleben nicht schaffen.

SPÖ und ÖVP wollen auf den Rücken von Menschen mit Behinderung ihr Budget sanieren. Das neue Behindertengesetz wird die bestehende Diskriminierung von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Aus arbeitenden Menschen werden Sozialfälle. Vor Beginn der „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP war die Steiermark in vielen Bereichen der Behindertenhilfe führend. Jetzt sind wir das sozialpolitische Schlusslicht – eine Schande.



Von links: KPÖ-LAbg Claudia Klimt-Weithaler, die Knittelfelder KPÖ-Stadträtin Renate Pacher, der Grazer KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch und DSA Karin Gruber bei einer Protestaktion gegen das neue Behindertengesetz vor dem Landhaus in Graz.

Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF



GLB-KPÖ

Termine unter Tel.

0660 / 1426 080

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>

Die Energiepreise sinken. Strom- und Heizkosten werden deutlich billiger. Allerdings NICHT für die Konsumenten. Energiewirtschaft auf österreichisch.

Der Verbund, Österreichs größter Stromerzeuger stellt Mitte Mai 2014 fünf seiner kalorischen Kraftwerke außer Betrieb: Zwei Gaskraftwerke in Frankreich, den Verbundblock in Dürnrohr NÖ, und die steirischen Kraftwerke Werndorf II (Mischbetrieb Öl/Gas) sowie das erst 2011 auf Gasbasis in Betrieb genommene Fernheizkraftwerk Mellach, angeblich das modernste und größte Kraftwerk Österreichs, das bis jetzt nur wenige Betriebsstunden gefahren wurde. Die Primärenergie sollte durch einen langfristigen Liefervertrag russischen Erdgases gesichert werden. Dieser Liefervertrag war offensichtlich für den russischen Lieferanten, nicht jedoch für den Abnehmer Verbund günstig. Steigende Primärenergiepreise (Gas und Kohle) einerseits, sinkende Strompreise zumindest am Stromgroßhandelsmarkt (wogegen Haushaltsstrom laufend teurer wurde) andererseits, machten die kalorischen Kraftwerke zu Verlustbringern.

Fernwärme für Graz

Der Verbund mit Mellach hat sich allerdings verpflichtet bis zum Jahr 2020 80 Prozent der für den Großraum Graz benötigten Fernwärmeleistung zur Verfügung zu stellen. Dafür steht jetzt nur mehr



das alte, mit Steinkohle betriebene Kraftwerk Mellach zur Verfügung. Bei einem Ausfall dieses Kraftwerkes wird es kalt in Graz. Denn das dann noch zur Verfügung stehende Fernheizwerk Graz Puchstraße wäre nicht in der Lage, den gesamten Heizenergiebedarf für Graz zu decken. Die Grünen begrüßen den Teilausstieg des Verbundes aus fossilen Brennstoffen, bedenken aber nicht, dass für die Wärmeversorgung die am stärksten umweltbelastenden Kraftwerke mit voller Kraft laufen müssten. Freue Dich Graz auf die nächste Heizperiode. Fällt gleich-

zeitig auch noch die Puchstraße aus, helfen nur noch Lagerfeuer.

Arbeitsplätze?

Zudem werden durch die Schließungen der Verbundkraftwerke etwa 100 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Realistische Alternativprojekte gibt es derzeit kaum. Offensichtlich fahren die politisch schwarz-rot ausgewählten Manager und Experten auf den Crash im Jahr 2020 hin. Es gibt keine bekannten Pläne, wie nach dem Auslaufen der Verbundverpflichtung ab dem Jahr 2020 die

Fernwärmeversorgung sichergestellt werden kann. Oder haben die Gerüchte, dass man das Fernheizwerk Puchstraße in Richtung Müllverbrennung „modernisieren“ will, einen realen Hintergrund?

Kraftwerksruinen

Wie sehr ähnelt die Aussicht auf die künftigen Kraftwerksruinen Dürnrohr und Mellach dem realen Schutthaufen des ehemaligen Kraftwerkes Voitsberg III. Jedes einzelne ein Milliardengrab, vernichtet es Vermögenswerte, die man angeblich für Sozialprojekte nicht zur Verfügung hat, sondern nur für Bankentretungen.

Vermögenswerte, die mit dem Rückzug des Staates aus seiner Verpflichtung die Energieversorgung als eines der Grundpfeiler jeder Wirtschaftsleistung, privaten Interessen dienen. Die Voitsberger erinnern sich noch an das Auftauchen eines Herrn Mirko Kovats über Vermittlung eines Herrn Hirschmann. Versprechungen mit mehr als 200 Arbeitsplätzen wurden vorgaukelt. Bis die Blase platzte waren alle – über Landeshauptmann Voves bis zum Voitsberger Bürgermeister Meixner – durchaus dafür, das Kraftwerk auch ohne Umweltverträglichkeitsprüfung auf Steinkohlebasis wieder in Betrieb zu nehmen. Das sind die vorwärtstreibenden Privatinitiativen! Nun will die Firma Porr, die das Kraftwerk samt Gelände kaufte, die für den Bezirk günstigste Verwertung abwickeln. Hoffentlich kommt dabei mehr heraus als der bisher durchgesickerte Plan der Landwirtschaftsgenossenschaft, ihre Aktivitäten auf dem Gelände zu konzentrieren – mit der Aussicht auf weitere Verluste an Arbeitsplätzen im Bezirk Voitsberg.

In Zeiten wirtschaftlicher Probleme wird es schwer sein, auch mit dem Angebot gut mit Bahn- und Straßenanschluss aufgeschlossener Grundstücke, einen Aufschwung im Bezirk herbeizuführen. Jedenfalls soll nicht nur grüne Luft übrig bleiben. Beides ist gefragt: gesunde Umgebung und Arbeitsplätze in gewerblichen und industriellen Betrieben.

FOTOVOLTAIK

Eigenen Strom produzieren und ins Netz einspeisen: Von dieser Möglichkeit haben in den letzten Jahren viele Steirerinnen und Steirer Gebrauch gemacht, beispielsweise durch die Errichtung von Fotovoltaikanlagen. Nun kommt es aber zu Klagen von potentiellen Klein-Stromproduzenten: Die technischen Hürden für eine Einspeisung werden so hoch gelegt, dass sich eine Anlagenerrichtung nicht mehr rentiert.

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a

WEIZ



Der Weizer KPÖ-Gemeinderat Wolfgang Feigl sorgt als Obmann des Prüfungsausschusses für Kontrolle in der Stadt. Für Fragen und Anliegen erreichen Sie ihn unter Tel. 0664 / 49 40 949.

Was uns ein-und auffällt...

... dass die Forderung eines Anrainers nach Errichtung eines Zebrastrreifens beim Kreisverkehr in der Neugasse von der Stadtgemeinde nicht berücksichtigt wird, weil die Frequenz dort nach Ansicht der Gemeinde zu gering ist.

... dass es richtig und wichtig war, eine Gasse in Gleisdorf nach Frau Josefa Posch zu benennen, die in den letzten Kriegswochen verfolgte Jüdische Mitbürger versteckt und ihnen so das Leben gerettet hat.

... dass sich die Weizer Pfingstvision in diesem Jahr mit dem Thema Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit befasst hat. Wieder ist es dem Organisator Ferry Berger zu danken, dass sich diese Veranstaltungsreihe mit einer Frage beschäftigt, die uns alle angeht.

**Aufbauen statt
abreißen**

Wir unterstützen Ihre Kandidatur für die Liste 5 bei der Gemeinderatswahl 2015

Tel. 0699 / 1253 49 65 oder Tel. 0316 / 71 24 79



GLEISDORF

Pflege als Gewerbe

Bei der 24-Stundenbetreuung gibt es Probleme, die nicht oft öffentlich angesprochen werden. Die Vermittlung von Betreuerinnen, die oft aus süd-osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten kommen, läuft nämlich über private Agenturen. Diese kassieren von den Betreuern und von den Personen, die diese Pflege in Anspruch nehmen. Diese Struktur setzt sich über Werkverträge zwischen der Person, die betreut werden muss, und der Betreuerin fort. Das bedeutet aber: Differenzen mit der Betreuerin können nur bereinigt werden, wenn man aus dem Werkvertrag aussteigt.

Eine direkte Verantwortung der vermittelnden Agentur ist ab Werkvertrag praktisch nicht mehr da. Beispielsweise hat man durch unsachgemäße Handhabung der Haushaltsgegenstände mit einem erheblichen Schaden zu rechnen.

Weil es sich bei der Tätigkeit der Betreuerinnen laut Paragraph 159 der Gewerbeordnung um ein freies Gewerbe handelt, gibt es keine unabhängige Kontrolle ihrer Arbeit. Die Firma kontrolliert während der Betreuung ebenfalls nicht. Nur vorher wird die Berechtigung kontrolliert. Das sind Probleme, die gelöst werden müssen, weil es sonst immer wieder zu Unstimmigkeiten kommen wird.

Herlinde Gindlhuber



Herlinde Gindlhuber, Sprecherin der KPÖ Oststeiermark.

Liste 5 **KPÖ**
www.kpoe-steiermark.at

Kommentar von Jürgen Höfler

Pöllau braucht kein teures Rathaus!



KPÖ-Gemeinderat Jürgen Höfler (Schönegg): „Das ist das Gegenteil der versprochenen Einsparungen“.

Kaum hat man den Fusionsbeschluss der Gemeinden im Pöllauer Tal gefasst, schon gibt es teure Pläne für ein neues Rathaus.

Der Plan, alle Verwaltungseinrichtungen für die neue Gemeinde Markt Pöllau im Zentrum zu konzentrieren, könnte sehr teuer kommen. Das haben schon erste Gespräche über den Kauf und die Adaptierungen von Gebäuden am Hauptplatz gezeigt. Entweder waren sie zu teuer oder unbrauchbar. Außerdem sind die Anschlussgemeinden sehr unzufrieden über diesen Zentralisierungsplan.

Wir brauchen kein Riesenprojekt neues Rathaus. Man könnte – wie das auch im Gemeinderat von Schönegg besprochen worden ist – die alte Volksschule für Zwecke der Gemeinde nutzen und die bestehenden Gemeindegemeinderat Rabenwald, Saifen-Boden, Sonnhofen und Schönegg mit neuen Aufgaben versehen.

Die Gemeindefusion hat sich somit als viel komplizierter dargestellt, als sie vor den Beschlüssen in den Werbeaktionen des Landes dargestellt wurde. Eines ist klar. Den Beschluss über das Rathaus und die Gemeindeverwaltung kann erst der neue Gesamtgemeinderat fassen, der im März oder April 2015 gewählt wird.

Gemeinderat Jürgen Höfler
Schönegg bei Pöllau

Wollsdorf: Profitgier kostet Arbeitsplätze

Es ist kein unabwendbares Schicksal, sondern die Folge von Profitgier: Die Firma Wollsdorf Leder wird bis Juni 2015 ihre Stanzelei in Weiz schließen. Etwa 100 der 240 eigenen Mitarbeiter des Werks werden in nur wenige Kilometer entfernten Hauptsitz in Wollsdorf weiter beschäftigt.

140 Beschäftigte werden gekündigt. Auch 60 Leiharbeiter werden gehen müssen. Für die Gekündigten sieht es schlecht aus. Es handelt sich fast ausschließlich um angelernte Kräfte, 20 Prozent sind über 50 Jahre alt.

Der Grund: Nach dem EU-Beitritt Kroatiens ist die Produktion in einem neuen Werk in Varazdin profitabler.

KPÖ-LABg. Werner Murgg: „Kaum ist Kroatien bei der EU, verschwinden diese Arbeitsplätze schon in unser Nachbarland. Dieses

Karussell wird sich so lange drehen, bis europaweit die niedrigsten Sozialstandards und die größtmöglichen Privilegien für Konzerne durchgesetzt sind.“ Das Unternehmen hat in den vergangenen Jahren hohe Förderungen kassiert, darunter 15 Mio.

Euro für die Sanierung der Deponie in Weiz. Gleichzeitig wurden in diesem Zeitraum 4 Mio. Euro Gewinn an die Eigentümer ausgeschüttet. Der Bilanzgewinn betrug im 2011 3,8 Mio. Euro, 2012 4,5 Mio. Euro und 2013 3,5 Mio. Euro.



© Industrieblick - Fotolia.com

Druck und Belastung am Arbeitsplatz nehmen zu, die Industriellenvereinigung will trotzdem weniger für die Arbeit zahlen.

Raumordnung: Noch mehr Einkaufszentren?

Überfallsartig sollte eine Novelle zum Raumordnungsge- setz großen Einkaufszentren die Möglichkeit für weitere Zu- und Umbauten geben. Die Befürworter scheiterten vorerst.

„Wir bauen um und werden noch größer, attraktiver, interessanter.“ Dies plakatierte die Shoppingcity Seiersberg ihren Kunden bereits im April 2014. Ein seltsamer Vorgang: Das Gesetz der steirischen Raumordnung besagt nämlich, dass die Verkaufsfläche von bestehenden Einkaufszentren nicht mehr vergrößert werden dürfe. Aufmerksame Bürger erstatteten Anzeige und der Schriftzug verschwand innerhalb kürzester Zeit.

„Äußerst bedenklich“

Noch seltsamer: Für die letzte Landtagssitzung vor der Sommer-

pause wurde eine Novelle des besagten Gesetzes im zuständigen Unterausschuss vorgelegt, die die strenge Regelung aufweichen und Zubauten für ohnedies schon übergroße Einkaufszentren möglich machen sollte. Für „zulässig“ erklärt werden laut Entwurf „Zu- und Umbauten“ von Zentren, die schon jetzt „die maximal zulässige Verkaufsfläche überschreiten“.

Überfallsartig, weil die Gesetzesnovelle erst einen Tag vor der Sitzung des Landtagsausschusses dessen Mitgliedern vorgelegt wurde. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg bringt das Dilemma auf den Punkt: „Offenbar haben die Einkaufszentren Lobbying betrieben und sind bei der SPÖ und FPÖ auf offene Ohren gestoßen. Das ist äußerst bedenklich.“ Denn während KPÖ, Grüne und ÖVP die Novelle ablehnten, versuchte Ausschussvorsitzender

Gerald Schmid, SPÖ-Bürgermeister von Knittelfeld, das Problem herunterzuspielen und sprach von einer wichtigen Angelegenheit. Die FPÖ mit Landtagsabgeordnetem Gerald Deutschmann hat sich vehement für die Gesetzesänderung im Sinne der Wirtschaft eingesetzt. Laut Berichten der Kleinen Zeitung hat Deutschmann mit seiner Firma mehrere Bauprojekte in Seiersberg umgesetzt.

Ausdünnung der Ortskerne

Die Erweiterungspläne sind vorerst auf Eis gelegt. Experten raten davon ab. Die Einkaufszentren seien längst überdimensioniert, verursachten großen Verkehrs- und Umweltprobleme und beschleunigten die Ausdünnung der Ortskerne, die dadurch unattraktiv werden und Kaufkraft verlieren.

Bezirksgericht schließt

Mit 1. Juli wird das Bezirksgericht Gleisdorf geschlossen. Anhängige Prozesse werden in Weiz weitergeführt. Der Sparkurs von Bund und Land fordert immer mehr Opfer. Dabei ist das Gerichtsgebäude um hohe Kosten renoviert worden. Eine Nachnutzung dürfte sehr schwierig werden, weil das Ge-

bäude ganz auf die Anforderungen eines Gerichtes zugeschnitten ist. Ein Umbau für Wohnzwecke ist daher sehr schwierig. Auch kann die vorgegebene Zahl der Parkplätze nicht erreicht werden.

Auch das ehemalige Altersheim in der Rathausgasse steht aus diesem Grund schon seit dem Vorjahr leer.

Fernwärme aus Gratkorn?

Es war eine Seifenblase. Knapp vor der Grazer Gemeinderatswahl 2012 hat Bürgermeister Nagl eine Absichtserklärung („Letter of intent“) mit folgendem Inhalt unterzeichnet: In Zukunft sollte die Abwärme des SAPPI-Werks in Gratkorn für die Grazer Fernwärmeversorgung genutzt werden. Das wurde in den Medien groß wiedergegeben. Am 1. Juni 2014 meldet die Kleine Zeitung (versteckt

in einem Artikel über Probleme mit der Fernwärmeversorgung): „Die Zellstofffabrik von Sappi könnte zwar Abwärme liefern. Dafür wäre aber der Bau einer 30 Millionen Euro teuren Wärmeleitung nötig. Diese Investition will niemand riskieren, weil niemand garantieren kann, dass Gratkorn Jahrzehnte noch in Betrieb sein wird.“ Der Wahlkampfschlag der ÖVP ist abgehakt.



OFFENES TREFFEN KPÖ-Oststeiermark

Jeden ersten Freitag im Monat
ab 19 h beim Dorfwirt (Gölles)
in Flöcking bei Gleisdorf.

Alle Interessierten sind
herzlich eingeladen.

KPÖ

Keine Scheu: Aufruf zur Mitarbeit

Die KPÖ beginnt in der Region Fuß zu fassen. Das bringt Anerkennung. Wichtig wäre aber auch die Mitarbeit von Menschen, die mit unseren Zielen und Vorschlägen übereinstimmen.

Haben Sie keine Scheu. Wenn Sie mit uns mitarbeiten wollen, können Sie sich an uns wenden:

Tel. 0650 4180703 oder
0311/ 25962

Verkehrsverbindungen.

Namibia-Road

Bürgermeister Stark regt großen Wert auf die Feststellung, dass die „Namibia Road“ sich nicht auf dem Gemeindegebiet von Gleisdorf, sondern in Ludersdorf-Wilfersdorf befindet. Er hat recht und wir haben das auch in unserem Artikel geschrieben. Den fehlerhaften Titel bedauern wir. Es ist zu hoffen, dass die neue Gemeinde Groß-Gleisdorf darauf achten wird, dass die Situation in der Nachbargemeinde verbessert wird.

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Freier Handel oder Zwangsjacke?



Vor 20 Jahren stimmte Österreich über den Beitritt zur Europäischen Union ab. Unter dem Eindruck großer Versprechungen – vielen ist noch der „Ederer-Tausender“ in Erinnerung, den jede Familie nach dem Beitritt monatlich mehr im Börsel haben sollte – stimmten zwei Drittel zu.

Heute würde eine solche Abstimmung anders ausgehen. An der EU-Parlamentswahl im Mai nahmen nur 45 % der Bevölkerung teil. Das geringe Interesse ist verständlich: Das EU-Parlament ist nur dem Namen nach ein Parlament, die Politik wird anderswo gemacht. Zum Beispiel von der Kommission. Diese verhandelt gerade im Geheimen mit den USA über zwei Wirtschaftsabkommen: TTIP und TISA.

Hinter dem Kürzel TTIP steckt ein sogenanntes „Freihandelsabkommen“, das private Konzerne auf die gleiche Stufe stellt wie Nationalstaaten mit ihren demokratisch gewählten Parlamenten. Alle Handelsbeschränkungen sollen aufgehoben werden, damit Umweltstandards, Konsumentenschutz und soziale Rechte dem Profitstreben

der Konzerne nicht im Wege stehen können. In Streitfällen sollen Schiedsgerichte tagen – geheim, versteht sich. Der viel zitierte Genmais und die Chlorhühner, die dann auch in Österreich verkauft werden dürfen, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Seit eineinhalb Jahren wird auch über TISA verhandelt, ein weiteres Abkommen über „öffentliche Dienstleistungen“. Dahinter steckt ein Generalplan zur Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung, der Energieversorgung und des Bildungs- und Gesundheitswesens. Die politischen Eliten in Europa und den USA machen sich aus, wie diese lukrativen Happen den Konzernen mundgerecht serviert werden können.

Alles auf unserem Planeten soll zur Ware gemacht und in Konzernprofite verwandelt werden. Eine Abkehr vom Neoliberalismus ist in der Zwangsjacke der EU unmöglich. Es ist Zeit für Widerstand.

LAbg. Claudia
Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



REHABILITATIONSGELD STATT INVALIDENPENSION

I-Pension: Fast alle zahlen drauf!

Die bisher geltende befristete Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension wird abgeschafft. An ihre Stelle tritt für alle ab 1. 1. 1964 Geborenen das Rehabilitationsgeld.

So berechnet...

Nachdem der/die Betroffene einen Antrag bei der Pensionsversicherung gestellt hat, führt diese die üblichen medizinischen Untersuchungen durch. Wird vorübergehende Berufsunfähigkeit/Invalidität zuerkannt, erlässt die Pensionsversicherung einen entsprechenden Bescheid. Die Auszahlung des Rehab-Geldes übernimmt dann der zuständige Sozialversicherungsträger (in der Regel die Gebietskrankenkasse). Die Betroffenen bekommen vorerst (für den Zeitraum von 42 Tagen) 50 % der Bemessungsgrundlage, also des zuletzt bezogenen Einkommens, danach 60 %, mindestens jedoch 28,59 täglich (entspricht dem Ausgleichszulagenrichtsatz 2014). Nach einem Jahr wird der Anspruch neuerlich überprüft.

Die bisher zustehende Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension war allerdings wesentlich höher als dieser Betrag!

So umgesetzt...

Nur wer an „Umschulungsmaßnahmen“ teilnimmt, wird auch in Zukunft eine Entschädigung in Höhe der bisherigen I-Pension (Arbeitslosengeld plus 25 %) erhalten. Doch tatsächlich kommen die wenigsten in den Genuss einer Umschulung.

Die Gebietskrankenkasse (GKK) preist das neue Rehabilitationsgeld als Errungenschaft an. Mit seiner Hilfe soll nach schwerer Erkrankung oder Unfall der Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtert werden.

So wird es beworben...

Rehabilitation bedeutet „Wiederherstellung“. Gemeint ist in diesem Fall insbesondere die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Für all jene, die als „dauerhaft invalid“ eingestuft werden, ändert sich nichts. Der Pensionsanspruch bleibt wie bisher erhalten. „Rehabilitationsgeld“ sollen nur jene erhalten, die als „vorübergehend invalid/berufsunfähig“ eingestuft werden. Betroffene sollen die Möglichkeit bekommen, nach einem längeren krankheitsbedingten Ausfall mit staatlicher Unterstützung nicht nur an Reha-Maßnahmen teilzunehmen, sondern auch in einer neuen Berufssparte Fuß zu fassen. Die Idee, die schön klingt, hat aber mehrere Haken:



Nur vier von 470 Betroffenen, die laut Auskunft der GKK im Jänner und Februar das Rehab-Geld beantragt haben, wurden zu einer Schulung an das AMS weiterverwiesen.

Woran liegt das? Nur Personen, die Berufsschutz genießen, können sich umschulen lassen. Ungelernte Arbeitskräfte und Personen, die in den letzten 15 Jahren im zuletzt ausgeübten Berufsfeld weniger als 90 Monate lang tätig waren, genießen diesen Berufsschutz nicht und haben daher gar keinen Anspruch auf Umschulungsmaßnahmen. Sie bekommen nicht nur keinen Kurs, sie bleiben auch noch dauerhaft auf den nunmehr verminderten Bezügen sitzen! Dasselbe gilt für Personen, bei denen eine berufliche Rehabilitation nicht zumutbar oder zweckmäßig erscheint oder aus anderen Gründen nicht möglich ist.

wurde in die Bestimmungen des Sozialrechts-Änderungsgesetzes auch gleich die sog. „Mitwirkungspflicht“ aufgenommen: Wer sich weigert, an medizinischen Rehab-Maßnahmen teilzunehmen, das BBRZ zur sog. „Berufspotentialanalyse“ aufzusuchen oder wer bei der „verordneten“ Umschulung nicht erscheint, dem wird das Rehab-Geld „für die Zeit der Verweigerung der Mitwirkung“ entzogen!

Und da es sich beim neuen Rehabilitationsgeld um keine Pension mehr handelt, wirkt sich das neue Gesetz auch gleich positiv auf die Pensionsstatistik aus: Mit dem Wegfallen der Berufsunfähigkeits- bzw. I-Pensionisten steigt das offizielle Pensionsantrittsalter!

AK-Wahl: GLB-KPÖ punktet in der Region

Bei der AK-Wahl steigerte sich der Linksblock (GLB-KPÖ) von 2 auf 4 Mandate: Das beste Ergebnis seit 50 Jahren. Auch in einigen oststeirischen Betrieben gab es sensationell gute Ergebnisse. In den Magna-Werken konnten bis zu 19 % erzielt werden, bei Wollsdorf Leder 8 Prozent. Auch im LKH-Feldbach brachte die Arbeit von GLB-Kandidatin Ulrike Pendl mit 2,15 Prozent ein gutes Ergebnis.

Fraktionsführer Kurt Luttenberger: „Immer mehr arbeitende Menschen erkennen, wer ihre Verbündeten sind. Wir danken allen, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben, herzlich für ihre Unterstützung. Auf die arbeitenden Menschen in Österreich und besonders in der Steiermark kommen schwere Zeiten zu, in denen wir uns als verlässliche Partner erweisen wollen.“

Also doch – ein Kürzungspaket!

Unterm Strich wird rasch klar: Das neue Rehabilitationsgeld ist also wieder einmal eine Kürzungsmaßnahme der Bundesregierung, die auf dem Rücken von kranken Menschen und Menschen mit Behinderung getragen wird.

Und um den Menschen noch mehr Geld vorenthalten zu können,



Glücksspiel: Um Kopf und Kragen

Weithaler (KPÖ): „Kapitulation vor Glücksspielkonzernen“

60.000 bis 80.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht Betroffene gibt es nach offiziellen Zahlen des Landes in der Steiermark. Fast immer steht die Spielsucht in Zusammenhang mit Spielautomaten. Trotzdem haben SPÖ, ÖVP und FPÖ am 1. Juli ein neues steirisches Glücksspielgesetz beschlossen, das Tausenden den Ruin, den Glücksspielkonzernen aber maximale Profite bringen wird.

Die KPÖ kämpft für den Ausstieg des Landes aus dem „Kleinen Glücksspiel“, das unzählige Existenzen ruiniert hat. Leidtragende sind nicht nur die Spielsüchtigen, sondern auch deren Angehörige. Steiermarkweit wird es ab dem Jahr 2016 Zulassungen für knapp über 1000 Automaten in Mini-Casinos geben. Drei Lizenzen werden dafür für 12 Jahre an Glücksspielkonzerne vergeben.

Trotz aller Einwände und Warnungen hat der Steiermärkische Landtag gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen, dass es künftig legal möglich sein wird, bei **Einsätzen von 10 Euro** pro Spiel (bisher 50 Cent) und einem Höchstgewinn von 10.000 Euro (bisher 20 Euro) und einer vorgeschriebenen Pause zwischen Spielen von einer Sekunde **in 24 Stunden**

bis zu 828.000 Euro zu verlieren. Der bundesgesetzliche Rahmen wird damit voll ausgeschöpft.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: *„Was in diesem Gesetz steht, hat nichts mehr mit ‚Kleinem Glücksspiel‘ zu tun. Die gesellschaftlichen Folgen sind unabsehbar, die Spielsucht hat schon jetzt fatale Auswirkungen auf tausende steirische Familien. Die Politik hat versagt: Statt die Betroffenen zu schützen, haben sich die Regierungsparteien ein Gesetz diktieren lassen, das einer Kapitulation vor den Glücksspielkonzernen gleichkommt.“*

Ein Novum waren auch das Lob von SP-Abg. Max Lercher für FPÖ-Amesbauer, den Lercher eine „konstruktive Kraft“ nannte, weil die FPÖ bei der Päckerei mit der Automatenindustrie mitmacht.



Ausgeliefert: Für ein wenig schnelles Geld fürs Budget sind viele Politiker bereit, die Nöte der Spielsüchtigen zu ignorieren.



Sind Verbote wirkungslos?

Die KPÖ hat sich für stets ein Verbot des „Kleinen Glücksspiels“ eingesetzt weil ein Verbot die einzige Möglichkeit ist, Spielsüchtige nicht der Glücksspielindustrie auszuliefern.

Die SPÖ-Abgeordneten Lercher und Schwarz sowie FP-Klubobmann Amesbauer argumentierten im Landtag, Spieler würden im Falle eines Verbots in der Steiermark in die Nachbarländer ausweichen. Das stimmt nicht. Sehr viele Spieler verbergen ihr Problem für ihren Bekannten und ihrer Familie, spielen am Heimweg oder in der Mittagspause.

Sogenannte „Spielsuchtforscher“, treten für eine Legalisierung des Kleinen Glücksspiels ein. Aber wer sind diese Leute? Sie geben vor, Spielsüchtigen zu helfen, werden aber tatsächlich von der Glücksspielindustrie finanziert, um den moralischen Schein zu wahren. *„Die Spielsuchthilfe wird von jenen Firmen finanziert, die mit Glücksspiel Millionen verdienen: Österreichische Lotterien, Casinos Austria, Bwin, Concord Card Casino und die Austrian Gaming Industries des Glücksspielriesen Novomatic.“* – darauf wies der FALTER im Jänner 2014 hin.

ZITIERT

Am Montag, den 21. März 2011, biegt ein Auto von der Grazer Karlauerstraße in einen Firmenhof ein. Ein Mann steigt aus, verlässt den Hof, geht, vorbei an dem Schild „Games“, hinüber zum großen Parkplatz vor dem Wettcafé Admiral. Es ist knapp vor sieben Uhr Früh. Er überschüttet sich mit Benzin und zündet sich an. 90 Prozent seiner Haut verbrennen, sieben Stunden später stirbt er im LKH Graz. Der Mann war spielsüchtig und hochverschuldet.

„Johann F. Graf hat es geschafft“, schrieb der Kurier über den Novomatic-Gründer, dem Bundespräsident Thomas Klestil 2003 aufgrund seiner Leistungen den Titel eines „Professors“ verlieh. Der Anlass für den Bericht: Der Alleineigentümer des Konzerns schien erstmals im Milliardenranking der internationalen Finanznachrichtenagentur Bloomberg auf. Sein Vermögen habe sich innerhalb weniger Monate verdoppelt, von 3,4 Milliarden Dollar auf 6,8 Milliarden. Johann Graf belegt nun Rang 192 der reichsten Menschen der Welt. *Benedikt Narodoslawsky, in FALTER 03/14*



WAS WIRD 2016 NEU?

Automatenspiel ist nur noch in eigenen Mini-Casinos erlaubt. Einzelaufstellung in Tankstellen, Gasthäusern etc. wird verboten. Es gilt Alkohol- und Rauchverbot. Kleinunternehmen dürfen nicht mehr aufstellen. Die Zahl der Automaten ist steiermarkweit auf 1000 Stück limitiert. Dafür werden die legalen Einsätze erhöht: 10 Euro pro Spiel. Ein Spiel dauert nur 1 Sekunde. So kann in kurzer Zeit sehr viel Geld verspielt werden. Das Gesetz sieht zwar eine „Abkühlphase“ vor, allerdings erst nach zwei Stunden.



Danke für die große Hilfsbereitschaft!

Begonnen hat alles, als wir Mitte Mai die Bilder von den Überschwemmungen in Kroatien, Bosnien und Serbien gesehen hatten. Die Situation war so schlimm wie lange nicht mehr. Es handelt sich um die schlimmste Naturkatastrophe in dieser Region seit über 120 Jahren. Viele Menschen waren bereit zu helfen. In Kapfenberg waren es Clemens Perteneder und Nadža Kulo. Sie berichten:

Ganze Städte und Dörfer wurden überschwemmt, unzählige Familien verloren ihre Häuser und Wohnungen. 100.000 Menschen verloren alles, was sie hatten. Eine Million Menschen sind von der Flut betroffen. Zusätzlich müssen auch noch tausende Familien wegen Murenabgängen ihre Wohnungen verlassen.

Ihre Gärten, die oftmals ihre einzige Einnahmequelle und Lebensmittellieferant waren, wurden zerstört.

Unzählige Menschen haben neben ihren Häusern oder Wohnungen auch ihr gesamtes Hab und Gut verloren, vielfach nicht zum ersten Mal. Diese Katastrophe hat Teile dieser Länder schneller und schlimmer zerstört als der jahrelange Krieg zuvor. Das, was wieder aufgebaut war, wurde vielfach wieder zerstört. Versicherungen kann sich keiner leisten. Bei ohnehin schon etwa 44% Arbeitslosigkeit sind auch viele Betriebe zerstört worden.

Unser Entschluss stand schnell fest: Die Menschen am Balkan brauchen jetzt unsere Hilfe! Nur zusehen, das konnten wir nicht. Unser Katastropheneinsatz, ausgehend von Kapfenberg, wurde ein voller Erfolg

Land unter ...

...– Der Balkan steht unter Wasser – mit diesem Aufruf haben wir am 23. Mai in Kapfenberg begonnen. Am Anfang sprachen wir noch von Anhängern, Kleinbussen bzw. Kleinlastern, die wir wohl auftreiben werden können. Als wir zuerst im Freundeskreis, mehr im Spaß, als im Ernst, von einem Sattelschlepper sprachen, hielten wir eine so große Hilfsbereitschaft für unmöglich. Zumindest beschlossen wir, einen Aufruf in den Medien zu starten: Nach den darauffolgenden Berichten läuteten die Telefonleitungen, manchmal alle Tage der Woche und ganztägig durch. Die ersten Spenden sind sofort eingetroffen, nach bereits einer Woche hatten wir im Franz-Bair-Heim der KPÖ keinen Platz mehr, diese aufzunehmen. Mit einer derart großen Beteiligung der Bevölkerung hat niemand gerechnet.

Der erste, der bemerkte, dass bei uns so ein Zustrom war, war der evangelische Pfarrer Rudolf Waron, der uns sofort seinen Jugendraum zur Lagerung mit Spendengütern zur Verfügung gestellt hat. Dies war wirklich dringend notwendig: Wir können nicht sagen, wie viele hundert Menschen tausende von Waren



und Bekleidung gebracht haben. Es waren auf jeden Fall viele Tonnen Geschirr, Bekleidung, Windeln, Lebensmitteln, Hygieneartikel, Wasch- und Putzmittel. Das alles haben wir sortiert und verpackt, in Kisten und Säcke gefüllt, verschlossen, beschrieben und weitertransportiert. Einige unserer Mitglieder haben beinahe täglich bei dieser Arbeit geholfen, manchmal bis an die Grenzen des Möglichen.

Bundesheertransport

Die erste Lieferung von 2300 Kilo hat uns dankenswerterweise das österreichische Bundesheer zur weiteren Verteilung in den entlegensten Gebieten von Bosnien übernommen. Hierüber sind wir besonders froh, denn hier können wir sicher sein, dass die Hilfsgüter auch in den entlegensten Gebieten verteilt werden. Oberst Walter Lohnegger hat uns die ganze Zeit über betreut, stand mit Rat und Tat zur Seite und hat den Einsatz großartig organisiert. Nochmals vielen Dank! Beim Verladen haben uns Jugendliche von der FAB-Produktionsschule geholfen,



denen wir ebenso herzlich danken!

Wir schätzen die Hilfsgüter, die wir noch lagernd haben auf weitere 7000 Kilo ein. Diese werden wir noch mit zwei LKWs nach Bosnien und Serbien bringen. Die erste Not ist dort zwar gelindert worden, aber auch in einem Jahr wird es wohl noch so sein, dass Hilfe benötigt wird. Die Spedition Strizl aus Mitterdorf im Müürztal hat sich bereit erklärt, mit uns den Hilfstransport nach Bosnien



Auch in Graz startete die KPÖ eine Hilfsaktion.



Clemens Perteneder und Nadža Kulo initiierten die Hilfsaktion.

Hilfe für Hochwasseropfer in Jugoslawien



und Serbien zu bewerkstelligen.

Unser größter Dank gilt vor allem der Bevölkerung aus dem gesamten Mürztal und dem Mariazellerland sowie der ganzen Steiermark, die sich in so großartiger Weise eingebracht hat und unglaublich enorme Mengen an Spenden gebracht hat. Es gilt auch festzustellen, dass es bei diesem

Einsatz um die gemeinsame Sache gegangen ist und geht, die weit über Parteigrenzen und Grenzen aller Art hinweg Beteiligung und Anklang gefunden hat.

Weitere Unterstützung

IBAN: AT56 46660 10000004490,
Sparda Bank „Hochwasserhilfe“



Oben: LKW-Fahrer Anton Doppelreiter. Rechts: Oberst Walter Lohnegger vom Streitkräftekommando des Bundesheeres.



Oben: Die Zwischenlagerung, Sortierung und Beschriftung der Spenden nahm viel Zeit und Mühe in Anspruch. Wir bedanken uns bei allen freiwilligen Helfern und bei Gemeinde und Institutionen, die mitgeholfen haben.



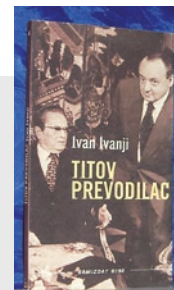
Einladung zur Lesung von Ivan Ivanji Dolmetscher von Tito.

Der Schriftsteller Ivan Ivanji war früher Diplomat und Dolmetscher von Josip B. Tito. Er liest aus seinem autobiografischen Buch: *Mein schönes Leben in der Hölle – Über die Brüchigkeit der Erinnerung und die großen Fragen des Lebens*

Fr, 12.9., 19.00 Uhr, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a
Sa, 13.9., 16.00 Uhr, E-Bair-Heim d. KPÖ, Kapfenberg, Feldgasse 8

Ivan Ivanji, geb. 1929 war als Jugendlicher in deutschen Konzentrationslagern gefangen. Im aufblühenden Jugoslawien arbeitete er als Lehrer, Theaterintendant und Dolmetscher für den jugoslawischen Präsidenten Tito. Heute lebt er als Romanautor in Wien.

Ivan Ivanji: Unsere Hoffnung war immer die Schweiz. Wir dachten: Dort leben Deutsche und Franzosen und Italiener und etwas ganz Exotisches, die Rätoromanen, und zugleich sind sie auch Schweizer. Ich habe gedacht: Vielleicht gelingt das, dass man Serbe, Kroat, Mazedonier, Albaner in Jugoslawien ist und Jugoslawe. Das ist leider nicht gelungen. In: Der Standard, 2007



Land will bei Museen kürzen

In den ORF-Gebühren sind auch Abgaben für das Kulturwesen des Landes enthalten. Die Neuaufteilung der Rundfunkabgabe soll nach dem Willen der Landesregierung zu Kürzungen bei heimischen Museen führen. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler lehnt diese Vorgangsweise ab. Renommiertere Einrichtungen wie das Freilichtmuseum in Stübing oder das österreichische Kabarettarchiv wären beinahe der verfehlten Kulturpolitik zum Opfer gefallen, wenn sich nicht breiter Widerstand geregt hätte.

Klimt-Weithaler: „Die bisherige Aufteilung dient der Sicherung der heimischen Museen. Durch die Novelle werden viele heimische Institutionen früher oder später Probleme bekommen. Sie dient nur dazu, einigen Regierungsmitgliedern mehr Geld zur Selbstinszenierung zur Verfügung zu stellen.“

Rekordarbeitslosigkeit

Das steirische AMS meldet einen langjährigen Höchstwert bei der Arbeitslosigkeit im Mai und einen Zuwachs von beinahe 7000 Arbeitslosen in nur zwei Jahren.

Dazu zählen nicht nur Betriebsverlagerungen wie Wollsdorf-Leder. Die KPÖ warnt davor, dass das als „Arbeitsmarktmaßnahme“ getarnte Kürzungspaket im Behindertenbereich zahlreiche Betroffene direkt in die Arbeitslosigkeit schicken würde.

EU: Wieder tausend Milliarden für Bankenrettung

Claudia Klimt-Weithaler: Bevölkerung muss Vollkasko-Versicherung für Finanzmärkte zahlen.



Bis Ende 2013 sind bereits 3,2 Billionen Euro an Banken geflossen. Bezahlen muss das die Allgemeinheit durch Kürzungspakete und sinkende Löhne. Gestern wurde bekannt, dass ein neues Bankenrettungspaket der Europäischen Zentralbank geschnürt wurde. Diesmal soll eine Billion (tausend Milliarden) Euro in die „Finanzmärkte“ gepumpt werden.

KPÖ-Sprecherin Claudia Klimt-Weithaler: „Den arbeitenden Menschen bleibt immer weniger von ihrem Einkommen über, weil sie über sinkende Löhne, höhere Abgaben, niedrige Sparzinsen, gestrichene Leistungen sowie die Teuerung die Bankenrettung finanzieren müssen. Für das tägliche Leben bleibt immer

weniger Geld, während sich Banken und Spekulanten auf die Vollkaskoversicherung verlassen können, die die EU für sie errichtet hat.“

In Österreich wird das bei der Hypo Alpe Adria deutlich, wo selbst jene Investoren schadlos gehalten werden, die ausschließlich aus Gründen der Spekulation mit der Hypo Geschäfte gemacht haben. Die Bankenrettung bedeutet eine massive Umverteilung nach oben. In immer kürzeren Abständen pumpt die EZB immer höhere Beträge in die Finanzmärkte, um das gescheiterte Euro-Experiment künstlich am Leben zu erhalten. Die Kosten dafür werden der Allgemeinheit umgehängt, während von den Börsen täglich Jubelmeldungen über neue

Höchststände zu hören sind.

Nach der EU-Wahl führt das selbe Personal, das Europa an den Abgrund geführt hat, die gewohnte Politik ungestört weiter. Demokratische Eingriffsmöglichkeiten wurden mit den EU-Verträgen vorsorglich ausgeschlossen.

„Banken werden gerettet, Schulen und Krankenhäuser geschlossen. Für die einen ist kein Betrag zu hoch, den anderen wird erzählt, es sei kein Geld vorhanden. SPÖ-Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer verkündeten kurz vor Weihnachten 2012, dass jetzt bei der Pflege, bei Menschen mit Behinderung und bei sozial Schwachen gespart werden müsse. Zwei Tage zuvor pumpte die EU 489,2 Milliarden Euro in die Finanzmärkte“, erinnert Klimt-Weithaler an das letzte große EU-Bankenrettungspaket und seine Auswirkungen auf die Steiermark.

Dem neuen Bankenrettungspaket wird die nächste Phase des sozialen Kahlschlags folgen: „Wenn Voves und Schützenhöfer davon sprechen, dass kein Geld vorhanden ist, dann streuen sie der Bevölkerung Sand in die Augen. Jeder Euro, der bei einer Schule oder einem Krankenhaus eingespart wird, dient dazu, die europäische Vollkaskoversicherung für Spekulanten zu finanzieren.“

Typisch steirisch:



Die reichsten Österreicher 2014

Die Top Ten laut „trend“-Ranking	
Familien Porsche & Piech.....	44,8 Mrd. Euro
Dietrich Mateschitz.....	7,5 Mrd. Euro
Familie Flick.....	6,9 Mrd. Euro
Johann Graf.....	5,05 Mrd. Euro
Karl Wlaschek.....	4,5 Mrd. Euro
Familie Swarovski.....	4,1 Mrd. Euro
Frank Stronach.....	3,9 Mrd. Euro
Heidi Horten.....	3,38 Mrd. Euro
Maria-Elisabeth Schaeffler.....	3,48 Mrd. Euro
Familie Kaufmann.....	2,42 Mrd. Euro

FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN BERTHA SUTTNER ZUM 100. TODESTAG

Die Waffen nieder!

Die österreichische 2-Euro Münze trägt das Bild der Vorkämpferin für Frieden und Menschenrechte – Bertha Suttner. Dabei hatte sie ihr Leben lang mit Geldnot zu kämpfen.

Bertha Suttner wurde am 9. Juni 1843 in Prag als Gräfin Kinsky von Wichtitz und Tettau geboren. Ihr Vater, ein General, war zuvor im 75. Lebensjahr verstorben. Die Erbschaft ermöglichte Berthas Mutter vorerst ein weitgehend sorgenfreies Leben, das auch Bertha Suttner schon in ihrer Jugend in die Kurbäder und Glücksspielzentren (Baden-Baden, Monaco) führte.

Reiche Heirat erwünscht

Die Tour durch die mondänen Badeorte ihrer Zeit verfolgte einen Hintergedanken: Bertha sollte mit einem finanziell gut ausgestatteten älteren Herren, womöglich von Adel, verkuppelt werden. Es kommt zu drei Verlobungen, etwa mit dem um 34 Jahre älteren Gustav Heine Geldern. Bertha ist aber nicht bereit, sich an einen reichen Mann zu verkaufen.

Mit 28 Jahren nimmt sie eine Stellung als Gouvernante im Haus des Wiener Schotterbarons Suttner an. So verdient sie sich selbstbewusst ihr eigenes Geld. In einen der Söhne, sieben Jahre jünger als sie, verliebt sie sich: Arthur Suttner, ihren späteren Ehemann.

Diese Verbindung bleibt nicht

BERTHA VON SUTTNER FRIEDENSBRÜCKE IN GRAZ

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre erreichte die Umbenennung der Schönaubrücke in Bertha-von-Suttner-Friedensbrücke. Damals wurde auch der Schloßbergsteig von Kriegs- in Friedenssteig umbenannt.



„Die Religion rechtfertigt nicht den Scheiterhaufen, der Vaterlandsbegriff rechtfertigt nicht den Massenmord, und die Wissenschaft entsündigt nicht die Tierfolter.“
Bertha Suttner, *Schach der Qual*, 1898

geheim, Bertha muss das Haus Suttner verlassen. Auf ein Zeitungsinserat des Dynamit-Erfinders und Industriellen Alfred Nobel bekommt sie Arbeit als dessen Sekretärin in Paris. Nur wenige Tage 1875 und 1876 trifft sich Bertha Kinsky mit Alfred Nobel in Paris. Die Beziehung wird aber bis zu Nobels Tod weitergeführt. Bertha wird Nobel zur Stiftung seines Vermögens inspirieren.

Kaukasus und zurück

Bertha fährt nach Wien zurück, heiratet dort heimlich Arthur Suttner. Das Paar macht sich tags darauf auf die Reise in den Kaukasus, möglicherweise angeregt durch die Reiseberichte eines Alexandre Dumas oder auch in der Hoffnung, bei den Geschäften der Brüder Nobel, die im Kaukasus nach Öl bohren, mitarbeiten zu können. Wie auch immer: Die Suttners können sich in der Gründerzeitkrise auch in Georgien eher schlecht als recht durchschlagen. Mit Unterricht und schriftstellerischen Arbeiten, die sie nach Wien schicken, halten sie sich über Wasser.

1885 kehren die Suttners nach Österreich zurück. Unter dem Pseud-



Die Frau auf der 2-Euro Münze bzw. dem 1000-Schilling-Schein hatte zeitlebens Geldprobleme. Bertha Suttner: Die österreichische Friedensaktivistin und Frauenrechtskämpferin erhielt 1905 den Friedensnobelpreis, für dessen Stiftung durch Alfred Nobel sie die wesentliche Ideengeberin war.

onym „Jemand“ veröffentlicht Bertha Suttner zunächst das Buch „Maschinenzeitalter“, eine politische Auseinandersetzung mit vielen gesellschaftspolitischen Themen. Den großen Durchbruch schafft sie aber mit dem Buch „Die Waffen nieder!“, die in Ich-Form geschriebene Erzählung einer Frau, die in den Kriegen des Habsburgerreiches immer wieder Angehörige verliert. Vielfach wird die Erzählung für autobiografisch gehalten.

Gepfändet und delogiert

Bertha Suttner wird Organisatorin der aufkeimenden Friedensbewegung in Österreich-Ungarn. Auch auf internationalen Friedenskonferenzen wird sie zur gefragten Rednerin. Bertha wird aber nicht nur als Friedenskämpferin wahrgenommen. Ihr Eintreten für Wahlrecht und Gleichberechtigung der Frauen ist ein dauerhaft verfolgtes Anliegen.

Ein ständiges Problem bleibt aber die Geldnot: Die Suttners tun sich schwer, ihre Aktivitäten und ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. 1892 gründen sie den „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Allerdings: eine Existenzsicherung ist mit den eingenommenen Mitgliedsbeiträgen nicht

möglich. Um die Jahrhundertwende wird das Familienanwesen der Suttners versteigert, Arthur Suttner stirbt bald darauf, 1902.

Schon 1896 hatte Alfred Nobel in seinem Testament den Friedensnobelpreis gestiftet. 1905 bekommt ihn die Ideengeberin Bertha Suttner zugesprochen. Während der europäische Militarismus immer stärker wird, hört Bertha Suttner nicht auf, für den Frieden zu streiten. 1914, fünf Wochen vor dem Beginn des Weltkrieges, stirbt sie in Wien. Ihr Leichnam wird auf eigenen Wunsch verbrannt: Auch das war 1914 noch eine politische Demonstration.

BEZUG ZUR STEIERMARK

Eine umfangreiche Korrespondenz Suttners mit dem steirischen Abgeordneten Bartholomäus Carneri ist erhalten.

Peter Rosegger unterstützte den Friedensverein und den Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Kurz vor ihrem Tod kaufte Bertha Suttner ein Haus in der Steiermark, konnte es aber nicht mehr nutzen.

Die Informationen sind der empfehlenswerten Biografie von Brigitte Hamann, erschienen 2013 im Brandstetter-Verlag, entnommen.

Einfach Kind sein Ferienholung tut Kindern gut

Kindererholungsaufenthalte in den Ferien werden wieder stärker nachgefragt. Wenn das Geld knapp ist, können Zuschüsse helfen, die Kosten zu senken.

Vor allem während der Schulzeit sind viele unserer Kids gestresst.

Daher sollten zumindest die Sommerferien den Kindern Abwechslung und Erholung bieten. Daheim ist das für viele schwer möglich: In der Wohnung ist meist wenig Platz, der Spielplatz im Hof ist klein, der Weg zum Sportplatz weit, Freizeitangebote teuer.

Viel Bewegung, gutes Essen, Spiele, Feste, neue Freunde, geregelte Abläufe, Spaß und natürlich auch genug Zeit zum Chillen – welche Eltern wünschen sich das nicht für

Hausaufgaben erledigen, lernen, möglichst keinen Lärm machen, keinen Schmutz machen, pünktlich sein, verlässlich sein, brav sein... Der Alltag unserer Kinder wird von Regeln, Pflichten und Vorschriften bestimmt.



Ermöglichen Sie Ihren Kindern einen Erholungsaufenthalt im schönen Kärnten!



Steiermark.at 20

kinderland 2014

Steiermark **Feriersommer**

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

Sommer, Sonne, Ferien: LOS!

1-2 oder 3

Wochen möglich!

Kindervilla in St. Radegund
von 06. Juli bis 19. Juli

Feriendorf am Turnersee
vom 06. Juli bis 09. August

Auskunft und Anmeldung:

kinderland
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10

office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

ihre Kinder? Eine Möglichkeit, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, bietet die Ferienaktion von Kinderland.

Zuschüsse möglich

Doch für viele Eltern stellt sich die Frage: „Ja, können wir uns das überhaupt leisten?“ Alfred Piech, Geschäftsführer von Kinderland Steiermark, verweist auf Zuschussmöglichkeiten von Land, Stadt und Gemeinden. „Dadurch können sich die Kosten drastisch verringern, auch

für viele vermeintliche Normalverdiener“, so Piech. Er empfiehlt, die Zuschussmöglichkeiten für Kindererholungsaktionen auf alle Fälle mit dem Familieneinkommen durchrechnen zu lassen. „Zwei Erwachsene mit zwei Kindern mit einem Familieneinkommen von 2.312 Euro (Familienbeihilfe nicht eingerechnet) sind z.B. bereits dabei“, so Piech.

„Erholungsaufenthalte sollten allen Kindern, unabhängig von der Größe der Brieftasche ihrer Eltern, zugänglich sein“, betont Piech. Deshalb nimmt man sich bei Kinderland Steiermark Zeit, um Eltern von Kindern, die an einer Ferienaktion teilnehmen möchten, möglichst gut zu beraten, damit sie eine Unterstützung, die ihnen zusteht, auch bekommen.

Achtung! Fragen Sie auch nach dem Familienturnus im Feriendorf (August)!

Zuschüsse für Kinderferien: Zum Ansuchen ist es nie zu spät

Kindererholungsaktionen werden von Land, Gemeinden und anderen Institutionen finanziell unterstützt. Rufen Sie uns an, wir informieren Sie über die Möglichkeiten: Tel. 0316 / 82 90 70.

Bus und Bahn: schon wieder teurer

Erneut angehoben wurden mit 1. Juli die Preise für Bus und Bahn. Die Teuerung von 10% in zwei Jahren zeigt, dass die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in der Sackgasse steckt.

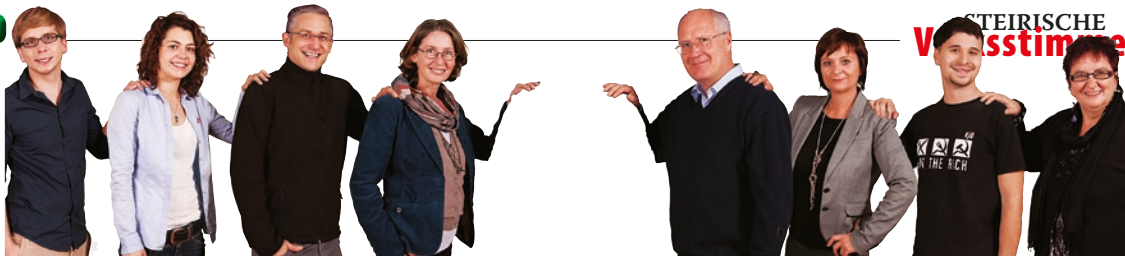


Ab 1. Juli wird die Jahreskarte im steirischen Verkehrsverbund von 388 auf 407 Euro, die Wochenkarte von 12,70 auf 13,30 Euro verteuert, der Zehnerblock um 40 Cent und die Tageskarte um 10 Cent teurer. Verschont bleibt diesmal der Einzelfahrschein.

Der Vertrag mit dem steirischen Verkehrsverbund hat es ermöglicht, dass die Preise bei den Fahrscheinen in nur zwei Jahren um 10% gestiegen sind. Mehrmals bemühte sich die KPÖ, diesen Vertrag zu ändern. Nun gibt es erste Anzeichen, dass etwas in diese Richtung tut. „Das wäre höchste Eisenbahn“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Die KPÖ wird nicht lockerlassen.“

Finanzierungsvorschlag

Der Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel kostet Geld, das durch eine Nahverkehrsabgabe aufgebracht werden könnte: KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Uns schwebt ein Modell nach Vorbild der Wiener „U-Bahn-Steuer“ vor, also eine Abgabe der Unternehmen von zwei Euro pro Beschäftigtem und Woche – 104,- Euro pro Jahr.“ Das sei mit den in Wien gültigen Ausnahmen – etwa für Kleinbetriebe – zumutbar. Jährliche Einnahmen von etwa 30 Millionen Euro könnten so lukriert werden. Diese müssten selbstverständlich zweckgebunden für den öffentlichen Verkehr verwendet werden.



Wir können die Welt nicht retten!

... aber wir können in unserer Gemeinde vieles verbessern

Mach mit für eine soziale Steiermark!

2015 finden in der Steiermark Gemeinderats- und Landtagswahlen statt.

Die steirische KPÖ glaubt, dass unsere Gesellschaft neue Ideen und eine neue Politik braucht. Die Leute sind der nationalen Hysterie, der sozialen Erschütterungen und der politischen Panik müde. Stabilität und Ausgewogenheit stehen im

Zentrum unseres Handelns für die benachteiligten und ausgebeuteten Menschen.

Unsere Devise: Ein menschenwürdiges Leben für jede und jeden!

Wir wollen in der Steiermark eine gerechte Gesellschaft erreichen,

in der die Sorge um den Menschen im Mittelpunkt des Handelns steht. Der Reichtum muss besser geteilt werden.

Die Hauptprinzipien unserer Politik: Pragmatismus, Augenmaß, Hausverstand, Verantwortung.

Die KPÖ sucht Kandidatinnen und Kandidaten in Stadt und Land, die bereit sind, unter Verzicht auf überhöhte politische Einkommen für ihre Mitmenschen in der Gemeinde und in der Landespolitik tätig zu werden.

RUFEN SIE UNS AN!

Tel. 0699 / 1253 4965 oder Tel. 0316 / 71 24 79

E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at

Adresse: KPÖ Steiermark, Volkshaus

Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz



*Es wird nicht reichen, die Akteure abzuwählen. Viele Maßnahmen müssen rückgängig gemacht werden.
KPÖ-LAbg. Werner Murgg*

BIBLIOTHEK des KPÖ Bildungsvereins

im Volks-
haus Graz
Nach
Vereinbarung
für alle
zugänglich



Telefonkontakt: Bernd Mugele 0664/736 46417

Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben, Sie können uns gerne besuchen: jeden Mittwoch, 14.30-17.30, oder nach telefonischer Vereinbarung.

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

ZITIERT

Auf dem heutigen Markt finden wir viele von ihrem böartigen Eigenschaften beraubten Produkte: Kaffee ohne Koffein, Schlag ohne Fett, Bier ohne Alkohol... Und die Liste geht weiter: virtueller Sex als Sex ohne Sex, die Colin-Powell-Doktrin der Kriegsführung ohne Opfer (auf unserer Seite, natürlich) als Krieg ohne Krieg, die Neudefinition der Politik als Expertenverwaltung als Politik ohne Politik, bis zur heutigen toleranten, liberalen Multikultur als eine Erfahrung der Anderen, die ihres Andersseins beraubt sind: Die koffeinfreien Anderen, die faszinierende Tänze tanzen und einen ganzheitlich-ökologischen Zugang zur Wirklichkeit haben, während Charakterzüge wie familiäre Gewalt außer acht gelassen werden...

Slavo Žižek, Philosoph.

Briefe an die Redaktion
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

STEIRISCHE Volksstimme

Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

So geht das Land mit einem invaliden Mitarbeiter um

Ich bin ein pflichtbewusster und zuverlässiger Mitarbeiter im Landesdienst, 80 % invalid, somit habe ich einen geschützten Arbeitsplatz. Mein Chef, so müsste man meinen, wäre zu einer besonderen Verantwortung verpflichtet. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Die Abteilung, in der ich seit 1991 beschäftigt war, war immer im 2. Stock der Burg, bis ein einziges Büro – nämlich das, in dem ich arbeitete – in den ersten Stock verlegt wurde, ohne Notwendigkeit. Das war reine Willkür, denn wo ich danach arbeitete, gab es keinen Lift und als Amtsbote konnte ich die Akten nicht mehr transportieren, da ich motorisch behindert bin.

Gespräche mit meinem Chef blieben ohne Erfolg. Dieser blieb mir gegenüber hart und verlegte die Kanzlei. Ich musste deshalb nach 25 Jahren um Versetzung ansuchen, da ich meine Arbeit nicht mehr ausüben konnte. Dies wurde genehmigt und mit meinem neuen Arbeitsplatz bin ich sehr zufrieden – dafür danke ich allen Beteiligten.

Dennoch war die Vorgangsweise respektlos, da fehlt das soziale Gefühl. Ich hoffe, dass ich ein Einzelfall bin und kein typisches Beispiel für den Umgang mit Menschen mit Behinderung.

Peter Eisenberger, Semriach

Regress ist weg. Danke!

Ein großes Danke für Ihren unermüdbaren Einsatz, um die Strafsteuer (=Pflegerregress) in der Steiermark aufzuheben. Herzlichen Dank für Ihre engagierte Sozialpolitik!

Günther Grogger

Jobkiller

Zum Artikel „Selbstbedienung killt Jobs“ in der letzten Ausgabe dieser Zeitung:

Die Firma Saubermacher hat neulich ein Flugblatt verteilt und ihre Kunden darauf hingewiesen, dass in Zukunft zur Entleerung der Mülltonnen ein neues Fahrzeug mit einem Roboterarm zum Einsatz kommt, welches die Mülltonnen ohne menschliche Beteiligung aufladen kann.

Damit das funktioniert wird man aufgefordert, die Mülltonnen in einer ganz bestimmten Art und Weise am Straßenrand aufzustellen. Wieder wird menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt – und zwar Arbeit für Menschen mit geringen Qualifikationen, die ohnehin immer seltener wird.

M.H.



DruckZeug
Druckwerkstätte im Annenviertel

KOMMEN SCHAUDEN STAUBEN MIT FÜR!

Wir suchen:
Ehemalige Setzer-/DruckerInnen, die ihr Wissen über Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten

Wir bieten:
Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative

WO:
Buchdruckerei Bauer Annenstraße 19/ Hotelgebäude, 8020 Graz

Mehr Infos über den Verein auf www.druckzeug.at
Kontakt: office@druckzeug.at
Tel.: 0699-12860414

Zu vermieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle: VOLKSHAUS GRAZ, Lagergasse 98a
für Kleinkunst, Theater, Lesungen, Seminare uvm.



Anfragen an:
lothar.laesser@volkshaus-graz.at
oder telefonisch
Mo-Fr. von 7-14 unter:
0316/71 29 59

Raus aus der EU!
SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!

www.solidarwerkstatt.at

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:
www.solidarwerkstatt.at

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:
Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Tel. 0316 / 71 24 79
Fax 0316 / 71 62 91
volksstimme@kpoe-steiermark.at

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at

AMSEL-Arbeitslosen-TREFF – Achtung neuer Ort!

im **Schwarzen Radieschen**, Steinfeldgasse 2, 8020 Graz
InfoTel: 0699 81 537 867. DIE NÄCHSTEN TREFFtermine:
Do 31. Juli, Do. 14. Aug. und Do. 28 August 2014
von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Infoladen. www.amsel-org.info

AMSEL-Hotline für arbeitslose-Menschen in Bedrängnis: **0681 102 703 42**

ZVP Zentralverband der Pensionisten



Österreichs ältester Pensionistenverband, der ZVPÖ, feiert seinen 90. Geburtstag.
Mittwoch, den 17.09.2014 ab 10:00 Uhr im Volkshaus Mürzzuschlag.
Alt und jung (Gebliebene) sind herzlich eingeladen, an der stimmungsvollen Feier teilzunehmen.

Singen im Volkshaus

im Volkshaus, Lagergasse 98a
jeweils Freitag, 19 Uhr

Wer gern singt, kann mitmachen:
Lieder und Chöre der Arbeiter-
und
Friedens-
bewegung

Info:
eva.itzlinger@chorifeen.com



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins,

Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



Anoki ist ein 1,5 jähriger Huskyrüde. Er wäre ein idealer Zweithund, da er etwas unsicher ist und sich sehr stark an anderen Hunden orientiert.



Marko ist ein aufgeweckter, 3-jähriger Mischlingsrüde. Er bräuchte Besitzer die viel Zeit für ihn haben, da er nicht gerne alleine bleibt.



Wolli ist ein freundlicher, 6-jähriger Mischlingsrüde. Er liebt ausgedehnte Spaziergänge und ist mit anderen Hunden gut verträglich.



Aika: 9-jährige Schäfermischlingshündin. Sie braucht einen Einzelplatz. Ins Tierheim ist sie gekommen, weil bereits zum zweiten Mal ihr Besitzer verstorben ist.



Salvator ist ein kastr., 6-jähriger Bull Terrier. Er ist ein freundlicher, verspielter Kerl der aber Katzen nicht so gerne mag.



Rocky ist ein bereits älterer, mittelgroßer Mischlingsrüde. Er ist noch aktiv für sein Alter und sehr freundlich gegenüber Fremden.



Esmeralda: weibliches Widderkaninchen, das auf dem Areal des Tierheims in einen Korb ausgesetzt wurde. Sie sucht einen guten Platz bei Artgenossen.



Erik ist ein 1-jähriges, männliches Meerschweinchen. Er sehnt sich nach einem Zuhause mit Artgenossen.



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteilgruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

Längere Schulwege für unsere Kinder?

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Schulschließungen: Im Zuge der Gemeindefusionen werden viele Schulen im ländlichen Raum geschlossen. Geht es nach SPÖ und ÖVP, folgen weitere Schulschließungen.

- Im ländlichen Raum sind Schulen wichtig, ohne sie stirbt die Gemeinde. Kleine Kinder sollten nicht jeden Tag weite Strecken fahren müssen.
- Weitere Schulwege stellen heute kein Problem dar, eine Schule in jedem Ort ist überflüssiger Luxus.

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Newsletter Landtag.

Name:

Adresse, E-Mail:



**STEIRISCHE
Volksstimme**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.



An die
**STEIRISCHE
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at



Foto: Johannes Gellner

Sonntag, 20. Juli 2014
ab 14.30 Uhr bei jeder Witterung (Zelt)
Gasthaus Saulauf (Seidl)
 Freiberg/27 - 8200 Gleisdorf
 Eintritt € 12,-

Info & Kartenvorverkauf: Gasthaus Saulauf 0664/3827614, Edi Giesen 0650/4180703

volks²⁰¹⁴hausfest

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a



Samstag,
6. Sept. 2014
ab 14 Uhr

Großes Grazer
 Brass-Musik-Kollektiv •
 Kindergarten-Spielwiese •
 Blues • festlich •
 gestaltetes Volkshausareal
 - bekannte Melodien aus
 den 50er und 60er Jahren •
 Tombola •
 Kaffee und Kuchen-Ecke •
 freier Eintritt - Musik von
 15.00 Uhr bis 3.00 Uhr



Masala Brass

ab 15 Uhr im Freien:
 Federal Electric Generator •
 Full Supra Band •
 Masser & Masser •
 Masala Brass

ab 22 Uhr im Saal:
 Spring And The Land •
 The Striggles •
 Soulbrüder

*Wir freuen uns auf das Fest
 und hoffen, dass viele Leute
 kommen und mit uns einen
 schönen Nachmittag, einen
 stimmungsvollen Abend und
 eine lange Nacht verbringen.*

kinderland
 Steiermark

1-2^{oder}3

Wochen möglich!

KINDERFERIEN

am **Turnersee**

06. Juli bis 09. August

ab **€ 35,-**
 bei einer Förderhöhe von 90%

kinderland
 Steiermark
 Mehplatz 2, 8010 Graz
 Tel.: 0316 / 82 90 70
 Fax: 0316 / 82 06 10
 office@kinderland-steiermark.at
 www.kinderland-steiermark.at

2014

für Kinder im Alter
 von 6 bis 15 Jahren

